

2. Klimaschutz: Masterplan Dekarbonisierung – Ausstieg aus den fossilen Energien

Motion Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach) vom 20. August 2018

KR-Nr. 228/2018, RBB-Nr. 1052/7.11.2018 (Stellungnahme)

Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach): Das CO₂-Gesetz, das der Nationalrat in diesem Monat verabschiedet hat, verlangt, dass bis 2030 der CO₂-Ausstoss gegenüber dem Wert von 1990 halbiert wird. Wenn wir im Kanton Zürich unseren CO₂-Ausstoss weiterhin so gemächlich reduzieren, wie wir das seit 1990 gemacht haben, dann würde es bis 2050 dauern, bis wir ihn nur halbiert hätten. Um das Etappenziel, das uns jetzt das CO₂-Gesetz vorgibt zu erreichen, müssen wir unseren CO₂-Ausstoss in den bevorstehenden zehn Jahren um genau gleich viel reduzieren, wie das in den letzten 30 Jahren geschehen ist. Das ist eine sehr grosse Aufgabe, und diese Aufgabe wird noch grösser, wenn wir bedenken, dass wir allerhöchstens bis 2040 noch Zeit haben, um auf netto null zu kommen und das 1,5-Grad-Ziel des Pariser Klimaabkommens einzuhalten.

Die FDP hat dieses Wochenende gegenüber dem Tages-Anzeiger verlauten lassen, dass wir diese Absenkung, diese grosse Absenkung des CO₂, dass wir dies mit Bürokratie-Abbau und mit Innovationsförderung hinbekommen. Hand aufs Herz, geschätzte FDP, damit kommen wir bestimmt nie auf netto null. Und die SVP wiederum sagte im selben Artikel, sie wolle die Verwaltung nicht mit Berichten wie dem Masterplan «Dekarbonisierung» belasten. Ich muss Ihnen sagen: Erstens handelt es sich beim Masterplan, den wir mit dieser Motion fordern, um keinen Bericht, sondern um einen verbindlichen Plan zur CO₂-Absenkung auf netto null, und zweitens möchte ich Sie fragen, geschätzte SVP, können Sie uns denn so frisch ab der Leber einfach sagen, wo man jetzt genau im Kanton Zürich, mit welcher Massnahme, zu welchem Zeitpunkt ansetzen muss, damit wir irgendwann auf netto null kommen? Ich glaube, Sie haben diesen Masterplan nötiger als wir alle hier drin. Ich glaube nicht, dass Sie das auf dem Radar haben, und jetzt kommen Sie noch und sagen, die Verwaltung dürfe nicht belastet werden, wie wenn Sie das bisher jemals gekümmert hätte.

Der Masterplan «Dekarbonisierung», den wir mit dieser Motion verlangen, ist kein nettes Berichtlein, er ist kein nettes Dokument, so wie es etwa die beiden Massnahme-Pläne «Klimawandel» sind, die Alt-Regierungsrat Kägi (*Markus Kägi*) noch kurz vor seinem Rücktritt veröffentlicht hat. Wenn ich diese beiden Dokumente von Kägi in die Hand nehme, liebe SVP, verstehe ich tatsächlich Ihre Skepsis gegenüber Berichten. In diesen beiden Berichten nämlich wimmelt es von Formulierung wie: Massnahmen prüfen, Entwicklungen verfolgen, Empfehlungen erarbeiten, Pilotprojekte begleiten, Ziele evaluieren. Das sind alles Zitate aus den ersten zusammenfassenden Seiten des Berichtes. Nur, etwas fehlt darin: konkrete CO₂-Reduktionsmassnahmen und Etappen-Ziele für ihre Umsetzung. Und genau aus diesem Grund haben Martin Neukom und ich 2018 die vorliegende Motion eingereicht, weil es mit der CO₂-Reduktion in unserem Kanton endlich

konkret werden muss, weil sie als Querschnittsaufgabe über alle gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereiche in unserem Kanton zu koordinieren und verbindlich umzusetzen ist.

Dass Martin Neukom nun hier und heute seine eigene Motion von diesem Rat vermutlich entgegennehmen muss, ist kein Zufall. Die Bevölkerung hat im Wahljahr 2019 ein klares Wort gesprochen und deutlich signalisiert, was sie in der Klimapolitik will, nämlich, dass es vorwärtsgeht. Entsprechend verlangen wir, dass der Masterplan «Dekarbonisierung» verbindlich festhält, auf welchem Weg, mit welchen Mitteln und Massnahmen und mit welchen Etappenzielen wir im Kanton Zürich folgende Ziele erreichen: Erstens, bis spätestens 2040 ein emissionsfreier Gebäudepark, zweitens, bis spätestens 2040 ein emissionsfreier Individualverkehr, drittens, eine starke Umlagerung des Verkehrs auf ÖV, Velo und Fussgängerkehr, viertens, eine deutliche Verkürzung der Verkehrswege durch eine kluge Raumplanung, fünftens, eine Transformation bei Industrie und Gewerbe auf 100 Prozent erneuerbare Energien, sechstens, der Abzug aller Finanzanlagen auf Erdöl, Erdgas und Kohle bei den kantonalen Anstalten, siebtens, die Überprüfung aller kantonalen Leistungsaufträge und Programmvereinbarung auf klimaschädliche, beziehungsweise klimaschützerische Handlungsfelder, achtens und weiteres, grundsätzlich sollen alle gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereiche im Kanton CO₂-frei werden – CO₂-Reduktion ist eine Querschnittsaufgabe, die alle Direktionen betrifft.

Grundsätzlich wollen wir es heute aber der Regierung überlassen, ob sie dafür einen neuen Masterplan «Dekarbonisierung» erlässt oder ob sie die Massnahmenpläne «Klimawandel im Kanton Zürich», die Herr Kägi noch verabschiedet hat, derart tiefgreifend überarbeitet, so dass diese dann auch tatsächlich ihren Namen verdienen, nämlich Massnahmenplan «Klimawandel» und kein Geschwurbel mehr enthalten. Das heisst, wir verlangen, dass in sämtlichen relevanten Bereichen, jetzt die Handlungsfelder und die Handlungsziele direkt über die Wirkungsebene definiert werden und nicht wie bis anhin in den Berichten auf der Planungsebene. Wir verlangen zudem, dass der Masterplan aufzeigt, welche Gesetzesänderungen und welche Anpassungen von Verordnungen nötig werden, um das CO₂-Ziel «netto null» umzusetzen. Und wir verlangen, dass für alle Bereiche ganz klare Etappenziele für die CO₂-Reduktion definiert werden inklusive Massnahmen für den Fall, dass diese Etappenziele nicht erreicht werden.

Der Masterplan «Dekarbonisierung» soll also zum Herzstück der Zürcher Klimapolitik werden. Entsprechend hoch sind die Erwartungen, die wir an die Regierung stellen und haben. Zudem muss der Masterplan zügig erarbeitet werden. Wenn für diese eminent wichtige Querschnittsaufgabe zusätzliche Mitarbeiterstellen nötig sein sollten, sind wir Grünen bereit, dafür Hand zu bieten. Es kann und darf nicht sein, dass sich die CO₂-Reduktion für die 1,6 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner im Kanton verzögert, weil der Verwaltung zum Beispiel drei Stellen fehlen.

Die CO₂-Reduktion duldet keinen Aufschub. Wir müssen vorwärts machen und unseren Kanton heute aufgleisen und gegen netto null bringen. Ich danke Ihnen.

Ueli Bamert (SVP, Zürich): Ich geben der guten Ordnung halber meine Interessenbindung bekannt: Ich bin beruflich tätig bei Avenenergy Suisse, dem Verband der Mineralölimporteure in der Schweiz, eine Branche, wie Sie wissen, die stark von den klimapolitischen Entscheidungen betroffen ist, die aber auch gute Lösungen anzubieten hat, gute konstruktive Lösungen, sei es die Förderung der Wasserstoff-Mobilität oder die Förderung von biogenen und synthetischen Treibstoffen. Nun, ich mache das gerne, ich gebe gerne meine Interessenbindung bekannt, ganz im Gegensatz zu vielen Vorrednern dieser sogenannten Klima-Allianz. Es gibt sicher den einen oder anderen, der durchaus auch im Vorstand eines Verbandes sitzt oder vielleicht sogar beruflich verbandelt ist mit Firmen, die von den klimapolitischen Entscheidungen hier drin profitieren. Ich finde es, ehrlich gesagt, bemerkenswert, dass wir hier noch nichts in dieser Richtung gehört haben.

Nun zum vorliegenden Vorstoss: Wir erinnern uns, diese Motion wurde im Sommer 2018, wie Christian Lucek (*in einem Votum der Ratssitzung am Vormittag*) gesagt hat, in diesem Feuerwerk von Vorstössen eingereicht. Seither ist vieles passiert: Klimastreiks, Grüne Welle, Klimahysterie, Klimanotstand. Wir kennen es alle. Sie werden mir sicher zustimmen, einige dieser Vorstösse damals sind aus Ihrer Sicht immer noch sehr präsent, die muss man noch abarbeiten, andere wurden von der Realität wohl überholt. Aber dieser Vorstoss hier, den wir heute besprechen, dieser Masterplan für die Dekarbonisierung, der klingt wahnsinnig interessant, war aber schon damals komplett überflüssig.

Ich muss mich schon fragen: Haben Sie in den letzten Jahren irgendwann einmal die Zeitung gelesen oder die Nachrichten geschaut? Haben Sie den Jahresbericht von irgendeinem KMU oder von einem x-beliebigen Grosskonzern durchgeblättert? Dann hätten Sie gemerkt, dass ein solcher Masterplan «Dekarbonisierung» schon seit Jahren läuft und zwar in allen Bereichen der Gesellschaft: Jeder Beamte in diesem Land überlegt sich tagein tagaus Massnahmen, mit denen noch mehr CO₂ eingespart werden kann, Politikerinnen und Politiker, insbesondere von Ihrer Seite, denken sich laufend neue Vorstösse aus, mit denen sie den Bürger zu noch mehr Klimaschutz erziehen können. Jeder Journalist, jede Journalistin in diesem Land wartet gierig auf die nächste Story zur so genannten Klimakrise. Kulturschaffende, Professoren und sonstige Exponenten der Zivilgesellschaft kennen seit Jahren kein anderes Thema mehr als das Klima und jede Firma, ob gross oder klein, gibt sich ein grünes Image und setzt alles daran, ihre Energiebilanz zu optimieren. Glauben Sie mir, diese Liste könnte man jetzt noch ein bisschen verlängern.

All diese Massnahmen, die schlagen sich auch wirklich in der Realität nieder. Die Abkehr von fossiler Energie, die ist längst im Gang. Der CO₂-Ausstoss in Gebäuden beispielsweise ist seit 1990 um über ein Viertel gesunken. In neuen Gebäuden werden heute keine Ölheizungen mehr eingebaut und auch fast keine Gasheizungen mehr. Oder im Verkehr: Verbrennungsmotoren, die werden laufend effizienter, der Anteil an Hybrid- und Elektro-Autos steigt. Der CO₂-Ausstoss im Verkehr ist trotz steigender Bevölkerung und deutlich mehr Autos auf den Strassen stagnierend bis leicht sinkend. Und auch die Stromversorgung, das haben wir schon

gehört, die ist in der Schweiz noch CO₂-frei, ich sage noch. Sie arbeiten ja gut daraufhin, dass das bald nicht mehr der Fall ist.

Ich komme nicht umhin, in diesem Zusammenhang auch zum x-ten Mal auf eine Tatsache hinzuweisen, die uns zwar allen bekannt ist, aber die Sie hier drin trotzdem nicht gerne hören: Die Schweiz trägt nun gerade einmal ein Promille zum weltweiten CO₂-Ausstoss bei. Und je mehr wir die Emissionen senken, und sie gleichzeitig weltweit steigen, umso unbedeutender wird der Anteil unseres Landes. Selbst wenn wir den Ausstoss von heute auf morgen auf null Tonnen CO₂ senken würden, hätte das keinen Einfluss auf das weltweite Klima. Und Sie sprechen hier ernsthaft von einem Masterplan gerade einmal für den Kanton Zürich. Zur Erinnerung: Das Klima ist ja kein kantonales, es ist auch kein nationales, sondern ein globales Thema. Der Masterplan «Dekarbonisierung», wie gesagt, der existiert bereits, er wird tagtäglich umgesetzt und zwar nicht nur in unserem Kanton, sondern in der ganzen Schweiz: Massnahmen zur Senkung des CO₂-Ausstosses, die wirtschaftlich sinnvoll und demokratisch mehrheitsfähig sind – und das ist das Wichtige –, die werden bereits heute umgesetzt. Regierung, Verwaltung und Private setzen sich bereits heute an allen Fronten für eine vernünftige Reduktion der fossilen Energien ein.

Das alles bringt mich zum Fazit: Der von Ihnen geforderte Masterplan ist nichts Weiteres als ein unnötiges Arbeitsbeschaffungsprogramm für die Verwaltung, die wahrlich Besseres zu tun hätte; das hat sie wirklich, Herr Forrer. Und wir setzen uns immer dafür ein, dass die Verwaltung nicht zu viel Unnötiges tut. Dieser Rat hat mit der Ausrufung des Klimanotstandes im vergangenen Jahr bereits mehr als genug auf die populistische Pauke gehauen. Die SVP macht bei diesem Trauerspiel nicht mit, und ich bitte auch Sie, diese unnötige Motion abzulehnen und damit ein weiteres Kapitel wirkungsloser Symbolpolitik im Kanton Zürich zu verhindern. Besten Dank.

Ratspräsident Roman Schmid: Ich wurde angefragt, ob es möglich wäre, Sie nicht mündlich über Ihre Restredezeit zu informieren, sondern mit einem kurzen, sanften Glockenschlag. Gehen Sie davon aus, wenn Sie dieses Signal hören, dass Sie dann noch etwa 20 bis 30 Sekunden Redezeit haben.

Ann Barbara Franzen (FDP, Niederweningen): Mit der vorliegenden Motion, die, wie bereits erwähnt, schon 2018 eingereicht worden war, sollte der Regierungsrat nun endlich beauftragt werden, einen Masterplan zur Dekarbonisierung zu erarbeiten. Dieser Masterplan solle aufzeigen, wie und bis wann der Kanton Zürich den vollständigen Ausstieg und Übergang aus den fossilen Energieträgern Öl, Gas und Kohle schaffen soll.

Ein Masterplan, endlich ein Masterplan, das tönt wahrlich nach einem guten Plan. Aber, und das ist ja das Schöne an der Sache, diesen guten Plan hat der Regierungsrat bereits vor einiger Zeit ausgearbeitet. Ich habe in meinem Eingangsvotum darauf Bezug genommen. 2018 sind die umfangreichen Massnahmenkataloge unter Federführung der Baudirektion entstanden: Der Massnahmenplan

«Verminderung der Treibhausgase» und der Massnahmenplan «Klimawandel im Kanton Zürich».

Diese beiden Massnahmenpläne gaben der neuen Regierung Grundsätze mit für ihre Legislatur-Ziele. Darin gibt es drei Oberziele: Die Digitalisierung, die Bewältigung des Bevölkerungswachstums und der Klimawandel. Und so gibt es ein Unterziel in den Legislatur-Zielen der Regierung, nämlich, ein Vorgehen zur Dekarbonisierung zu definieren. Und wie die FDP meint, es ist ein Zeichen, der Regierungsrat hat den Klimawandel schon seit einiger Zeit als eine der ganz grossen Herausforderungen angenommen und er zeigt auf, er ist bereit, die notwendigen Schritte zu unternehmen. Auch bei der Diskussion der beiden Postulate zum Klimanotstand wird deutlich, wie und auf welchen Ebenen die Regierung die in den Grundlagenberichten aufgeführten Massnahmen umsetzen will. In allen Bereichen, von der Energie, aus dem Gebäudepark, zum Verkehr, zur Bildung, über die Ressourcen- und Abfallwirtschaft bis zur Raumentwicklung und zur Landwirtschaft sollen Massnahmen getroffen werden, die einen Beitrag zur Dekarbonisierung und damit zur Erreichung der möglichst raschen Senkung der Treibhausmissionen bis auf netto null leisten. Und auch die Finanzanlagen sind nicht ausgenommen. Zudem wird, und das finden wir von der FDP eine ganz interessante Sache, auch das Potenzial für die Ablagerung von CO₂ in Senken aufgegriffen. Nicht nur Vermeiden von CO₂-Emissionen, sondern ernten und eben ablagern, das sind Zukunftstechnologien, von denen wir gerne mehr hören wollen.

Angesichts dieser Fülle von Ideen, von Massnahmen erzeugt die Motion, über die wir hier reden, eben genau jene wirkungslose Parallelität, die die Verwaltung und den Regierungsrat zusätzlich beschäftigt. Das lehnen wir ab, auch wenn wir einige der übergeordneten Ziele durchaus teilen. Wir sind auch nicht der Meinung, dass es hier noch notwendig ist, der Regierung zusätzliche Aufgaben mitzugeben. Wir müssen ihr auch nicht weiter auf die Finger schauen. Wir sind der Überzeugung, die Regierung macht das im Moment gut.

Zu Thomas Forrer noch kurz: Eine derartige Verkürzung, nämlich, dass die FDP die Ziele «netto null» bis 2050 über einen Bürokratie-Abbau erreichen wolle, das ist nun wahrlich eine Verkürzung, die nicht statthaft ist. Ich verweise hier auf die Bundesebene, wo die FDP massgeblich am CO₂-Gesetz beteiligt war. Die Haltung der FDP-Fraktion habe ich bereits heute Morgen dargelegt. Wir haben die Ideen. Meine Kollegen Dieter Kläy und Beat Habegger werden nach mir sprechen und auch noch etwas dazu sagen. Unsere Ideen sind tauglich, und es bleibt dabei: Wir lehnen die Motion ab. Sie ist nicht mehr nötig. Besten Dank.

Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon): Wir alle sind süchtig, süchtig nach Kohlendioxid. Wir können uns unser tägliches Leben ohne den ausgiebigen Konsum des Stoffes kaum vorstellen. Das ist auch nicht erstaunlich: Der Stoff ist einfach verfügbar, er ist gesellschaftlich akzeptiert und er ist billig. Weshalb sollen wir ihn also nicht gebrauchen? Erst recht dann, wenn wir deswegen im täglichen Leben keine unmittelbaren negativen Wirkungen wie etwa einen Zerfall des eigenen Körpers spüren, wie das bei andren Süchten der Fall ist. Die Antwort ist einfach: Weil die negativen Auswirkungen zwar nicht so unmittelbar auffallen, dafür

umso gravierender sind. Kurz zusammengefasst, führt unsere heutige Treibhausgassucht dazu, dass wir in Zukunft wegen einer rasend schnellen Klimaveränderung unsere Lebensgrundlage massiv beeinträchtigen, wenn nicht sogar ganz verlieren. Da ist es nur logisch, dass wir auch auf kantonaler Ebene einen Weg finden wollen, wie wir das verhindern.

Die vorliegende Motion verlangt vom Regierungsrat, einen solchen Weg aufzuzeigen. Sie verlangt Verbindlichkeit, indem der Regierungsrat die nötigen Gesetzesanpassungen vorschlagen soll. Und genau das brauchen wir jetzt: Verbindlichkeit, einen verbindlichen Masterplan mit verbindlichen Zwischenzielen, geschätzte Klimazweifler. Heute genügt ein Lippenbekenntnis, dass wir die Sache schon ernstnehmen, ganz klar nicht. Heute ist nicht der Zeitpunkt für den Blick auf ein Detail, das vielleicht im Jahr 2029 noch nicht ganz so klar ist. Heute dürfen wir uns nicht hinter dem Konjunktiv verstecken, was denn alles noch hätte, könnte, wäre, nur, um unser Nichtstun zu verschleiern. Es genügt auch nicht, abenteuerliche Zahlen zum Verkehr aufzutischen, Herr Bamert. Nein, heute brauchen wir einen verbindlichen Auftrag an die Regierung, sich einer der grössten Herausforderungen unserer wie auch der nächsten Politikergeneration offensiv anzunehmen.

Heute machen wir, heute machen Sie den Unterschied zwischen unverbindlichem Parlieren und verbindlichem Handeln. Erteilen Sie jetzt der Regierung einen Auftrag, einen Weg aus der Kohlendioxid-Sucht vorzulegen. Überweisen Sie zusammen mit der Klima-Allianz die Motion. Danke.

Ruth Ackermann (FDP, Zürich): Durch diese Motion soll ausdrücklich ein Masterplan entstehen zum Übergang von fossilen zu erneuerbaren Energien, und nicht wieder ein neues Gesetz, was absolut im Sinne der CVP ist. Auch hier erwarten wir vom Baudirektor, dass er prüft, ob der Massnahmenplan «Verminderung der Treibhausgase» mit den definierten 28 Massnahmen nicht bereits in dieser Motion gewünschten Aktionen und Massnahmen abdeckt. Sollte dies nicht der Fall sein, freuen wir uns, wenn wir vom Baudirektor einen Vorschlag bekommen, den die Motionäre und die CVP-Fraktion zufriedenstellt.

Wir unterstützen diese Motion.

Dieter Kläy (FDP, Winterthur): Wir haben heute Morgen viel über Klimaverträglichkeitsprüfungen gesprochen, über Massnahmen im Bereich der Raumplanung, jetzt steht die Dekarbonisierung zur Debatte. Ich möchte Ihnen in Ergänzung zum meiner Vorrednerin der FDP einfach einmal aufzeigen, was die Wirtschaft heute schon macht. Die Wirtschaft ist nämlich äusserst innovativ, vieles braucht eine gewisse Zeit, damit der Wandel passieren kann. Aber wussten Sie beispielsweise, dass im Kanton Zürich über 1600 Unternehmen, wovon über 800 Grossverbraucher, in einem System eingebunden sind, um die Energie-Effizienz zu steigern und den fossilen Energieverbrauch zu reduzieren? Die aktuellen Zahlen sind: Die Energie-Effizienz-Steigerung gemäss Vereinbarung müsste heute bei 107 Prozent liegen, tatsächlich liegt sie bei 120 Prozent. Auch im Bereich der CO₂-Intensität

sind die Zürcher Firmen bereits weiter als geplant. Die wirksamsten fünf wirtschaftlichen Massnahmen, die im Kanton Zürich umgesetzt wurden, sind: ICT-Elektrogeräte im Bereich der Lüftung- und Klimakälte, Heizung, Gebäudehülle und Prozessmassnahmen. Sie sehen also, unseren Unternehmen ist nicht egal, was mit der Umwelt passiert, und sie passen laufend mit Hilfe von Energieberatern und Energieberaterinnen ihre Prozesse an. Und zusätzlich: Unsere Unternehmen investieren auch in Massnahmen, die wirtschaftlich sind, in Massnahmen, die auch zu neuen Jobs führen. Das haben die Unternehmen im Kanton Zürich nicht erst seit gestern gemacht, sondern seit vorgestern. In diesem Sinn: Wir lehnen die Motion ab.

Beat Habegger (FDP, Zürich): Ich spreche jetzt kurz zu dieser Motion und zur anschliessenden PI zum Klima-Ziel (KR-Nr. 13/2019), auch wenn es von der Logik her eher umgekehrt sein müsste.

Das Ziel ist klar: Die Dekarbonisierung. Die Frage ist: Was müssen Wirtschaft und Politik dafür tun? Eigentlich sind es ja zwei Dinge, die wir tun müssen: Erstens müssen wir die CO₂-Emissionen rasch und nachhaltig senken. Darüber haben wir schon viel gesprochen, viel gehört. Weniger gehört haben wir zum zweiten Punkt: Wir müssen nämlich sehr viel investieren in die natürlichen und technologischen Mittel zur Abschöpfung von CO₂ aus der Atmosphäre. Nur mit beiden Ansätzen gemeinsam werden wir dieses Netto-Null-Ziel bis 2050 erreichen.

Kurz zum ersten Punkt: Wir müssen die Anstrengung zur CO₂-Reduktion vervielfachen. Vieles liegt bereits vor, wir haben es unter anderem von meiner Kollegin Barbara Franzen gehört. Für uns ist wichtig, dass CO₂-Emissionen ein Preisschild bekommen. Das schafft die Anreize, damit dann auch tatsächlich viel weniger CO₂ emittiert wird. Deshalb fordern wir beispielsweise eine verursachergerechte Mobilitätsfinanzierung, eine Finanzierung, die die externen Kosten des CO₂-Ausstosses einrechnet. Zum zweiten Punkt, zum Abschöpfen von CO₂ aus der Atmosphäre: Einige Industrien werden 2050 nicht auf null sein; es wird nicht möglich sein. Deshalb braucht es eben Grossinvestitionen in die Technologien für den Carbon Removal. Das ist eine Aufgabe für Unternehmen, nicht für den Staat. Es gibt gute Beispiele dafür auch im Kanton Zürich. Wir müssen die Rahmenbedingungen setzen, damit diese Unternehmen weiterhin bei uns forschen und entwickeln. Das ist übrigens die Innovation, Kollege Forrer, die wir meinen. Die Nachfrage nach der CO₂-Reduktion wird gewaltig sein. Der Markt, der hier entsteht, ist eine riesige Chance für den Wirtschaftsstandort Zürich. Das ist innovative, liberale Umweltpolitik, die eben auch zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik ist. Dafür steht die FDP ein. Danke.

Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht): Auch die SVP steht für Innovation ein, aber nicht für einen solchen Vorschlag. Und wenn dann Herr Hasler von der GLP noch sagt, heute ist nicht der Zeitpunkt für ein Detail, dann sehen wir, auf welchem Niveau wir hier in dieser Debatte, die einen ganzen Tag verbraten wird, angelangt sind.

Doch, es ist der Zeitpunkt für das Zürcher Volk, auf diese unsinnigen Vorschläge und Vorstösse der Linken in diesem Rate hinzuschauen. Und die Stimmbürger von Thalwil haben es dieses Wochenende getan. Sie haben nämlich so einen unsinnigen Vorstoss haushoch versenkt. Und ich garantiere Ihnen, bei den nächsten Wahlen werden Sie genau gleich versenkt werden.

Herr Forrer, was wollen Sie eigentlich? Wollen Sie die Menschen bis 2040 abschaffen? Das haben Sie gesagt mit dem letzten Satz, den Sie hier drin vorgebracht haben. Wiederholen sie ihn doch bitte. Wollen Sie die Kühe abschaffen? Keine Kühe mehr im Kanton Zürich? Drei Stellen wollen Sie schaffen, weil Sie mit Ihrem lieben Freund Neukom 2018 einen Vorstoss eingereicht haben, der nichts als ein Luftheuler war, ein Luftheuler für die Wahlen. Und jetzt wollen Sie das durchbringen und stellen selber fest, dass es nicht geht, also, Herr Neukom braucht noch drei Stellen. Und es wird jetzt sehr interessant sein dann, wie Herr Neukom die ablehnende Haltung des Regierungsrates vertritt für diese unsinnige Vorlage. Aber schaffen Sie bitte den Menschen nicht ab.

Marcel Suter (SVP, Thalwil): Mein Kollege Ueli Bamert hat schon vieles erwähnt und die Haltung unserer Partei dargelegt. Da wir wieder einmal eine andere Meinung und andere Argumente haben als fast alle anderen Parteien, leider, erlaube ich mir nochmals nachzudoppeln.

Weder die Schweiz, noch der Kanton Zürich haben wirklich entscheidenden Einfluss auf das weltweite Klima. Das ist eine Tatsache. Dies ist unter anderem der Grund, dass wir bis heute die Entscheidung nicht wirklich verstehen können, wieso dieses Parlament den Klimanotstand für unseren Kanton ausgerufen hat. Was ein Notstand wirklich ist haben wir und mehr oder weniger die ganze Welt in den letzten Monaten erlebt und erleben es noch mittels einer verheerenden Pandemie (*Covid-19-Pandemie*). Und das werden wir leider noch lange in vielerlei Hinsicht spüren.

Ich muss kein Prophet sein, um folgendes vorherzusehen: Diese Motion wird keinen, leider keinen Einfluss haben auf das Weltklima. Aber dieser Masterplan würde voraussichtlich wieder einmal noch weniger Wahlfreiheit, sprich mehr Einschränkung für die Einwohner und Einwohnerinnen sowie für die Wirtschaft in diesem Kanton bringen, in vielerlei Hinsicht Kosten verursachen und vor allem und zuerst noch vielmehr Bürokratie bringen. Dies haben wir in der Vergangenheit nicht unterstützt und dies werden wir auch in der Zukunft nicht unterstützen. Und mein Kollege Hans-Peter Amrein hat es erwähnt: Da ich der einzige Kantonsrat aus Thalwil bin, hier noch ein paar Details an Herrn Forrer: Herr Forrer, eines muss ich Ihnen sagen, die SVP hat 19 Prozent (*Wähleranteil*) in Thalwil, leider nur. Die FDP hat 23 Prozent. Und wir hatten gestern 60 Prozent (*in einer Abstimmung über eine lokale Klima-Initiative*). Beziehen Sie sich auf die Aktualität und reden Sie nicht den ganzen Tag von Mehrheiten. Ihre Partei hat keine Mehrheit weder im Kanton Zürich noch in Thalwil. Danke.

Lorenz Habicher (SVP, Zürich): Ich halte mich kurz: Ich bin froh, dass Herr Forrer eine genaue Aufzählung gemacht hat, welche Punkte erfüllt werden müssen

und in welcher Zeit. Es duldet ja keinen Aufschub. Von dieser Ausgangslage aus möchte ich dem Baudirektor, der nach mir spricht, eine Frage stellen, eine konkrete Frage: Was kostet es? Er soll zu jedem der acht Punkte und zu den weiteren den Kostenfaktor, die genauen Kosten für den Kanton Zürich aufzählen, sofern er das kann.

Regierungsrat Martin Neukom: Andreas Hasler hat unseren Öl-Konsum mit einer Droge verglichen. Wenn man dieser Analogie folgt, dann könnte man sagen, es ist eine Droge und es gibt einen Kater – der kommt halt erst 20, 30, 40 Jahre später. Das ist wohl das grösste Problem an dieser Klimakrise: Die Wirkung ist derart verzögert, dass man es fast gar nicht merkt.

Diese Motion, sie verlangt ein Ziel zu definieren, sie verlangt, einen Plan zu erstellen, wie man dieses Ziel erreicht und, falls nötig, die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen zu ändern. Die Antwort zu dieser Motion, die ist schon etwas älter; sie ist genau gesagt ein bisschen veraltet, weil wir in der Regierung diesbezüglich inzwischen weiter sind. Einerseits hat die Regierung im Rahmen der Legislatur-Ziele ein langfristiges Ziel definiert, nämlich, dass der Kanton Zürich einen Beitrag leistet zum Klimaschutz. Wir sagen auch deshalb, wir leisten einen Beitrag, weil uns sehr wohl bewusst ist, dass der Kanton Zürich nicht alleine das weltweite Klima bestimmt. Es ist ein bisschen so, wie wenn Sie an einem Konzert sind und sich sagen, ich applaudiere nicht, weil es auf mich nicht ankommt. Es ist ein bisschen die gleiche Logik; die funktioniert für uns nicht. Der Regierungsrat ist ebenfalls damit einverstanden, was in der Motion kritisiert wird, dass das alte Energie-Gesetz, das aktuell gilt und ein Ziel setzt von 2,2 Tonnen bis 2050, dass dieses Ziel veraltet ist und deshalb revidiert werden muss. Der Regierungsrat hat sich deshalb das Ziel gesetzt analog zum Bundesrat bis 2050 netto null zu erreichen. Ich kann gut verstehen, dass Mitarbeiter von Swissoil das natürlich nicht so gerne hören, wenn man kein Öl mehr verkaufen soll. Aber das ist grundsätzlich das Ziel der Regierung.

Wir planen bereits eine langfristige Klimastrategie zu erlassen. Das ist ein bisschen ein anderer Name für einen Masterplan «Dekarbonisierung». Diese langfristige Klimastrategie werden wir Ende Jahr präsentieren, wenn alles so läuft, wie bis anhin. Darin werden wir einzelne Absenkpfade der einzelnen Sektoren aufzeigen, damit wir das Ziel von netto null erreichen. Und wir werden auch versuchen zu skizzieren, wie denn eine Gesellschaft aussieht, die ohne fossile Energien auskommt. Also, wir machen einen Plan und einen breiten Überblick, um verschiedene Massnahmen gut einzuordnen. Ruth Ackermann hat wegen den Massnahmenplänen gefragt. Das stimmt, es gibt aktuell diese Massnahmenpläne, und ja, wir werden diese überarbeiten, weil sich die Massnahmenpläne in der jetzigen Form nicht geeignet, um netto null bis 2050 zu erreichen. Hier braucht es eine Beschleunigung. Soweit zum Plan.

Zur Umsetzung: Es wurde schon genannt, früher war in diesen Massnahmenplänen noch mehr die Rede von «es ist zu prüfen, ob». Nun kommt vermehrt die Phase, in der wir sagen, «jetzt setzen wir es auch tatsächlich um». Einige Mass-

nahmen sind bereits unterwegs, ein Teil schon beschlossen: Das Gebäudeprogramm als Beispiel, das neue Förderprogramm «Energie» wird nächstens, nämlich am 1. Juli 2020 in Kraft treten. Dann wird es eine Förderung für klimafreundliche Wärmepumpen geben. Weiter ist das Energie-Gesetz auf dem Weg; es ist aktuell in der Beratung bei der KEVU (*Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt*), die sogenannten MuKEen (*Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich*). Ebenfalls planen wir auch die eigenen Liegenschaften des Kantons zu sanieren und Photovoltaik-Anlagen zu installieren, also, wir kehren auch vor unserer eigenen Haustüre. Im Bereich der Gebäude sind die Emissionen aufgrund der zahlreichen Massnahmen schon leicht sinkend, im Verkehr ist das noch nicht der Fall. Im Verkehr gibt es noch ein bisschen was zu tun. Dazu haben wir ja die gefühlten 20 Vorstösse von Kantonsrat Schlauri (*Simon Schlauri*) zum Thema Elektro-Mobilität.

Fazit: Wir haben das Ziel definiert. Der Plan ist unterwegs, er kommt Ende dieses Jahres. Im Gebäudebereich haben wir schon gezeigt, wie es vorwärtsgeht. Ich denke, wir sind auf Kurs; die ersten Schritte sind gemacht, weitere folgen. Herr Amrein hat noch gefragt, wie ich es rechtfertige, dass wir es ablehnen. Ganz einfach: Es braucht die Motion nicht. Wir arbeiten schon daran. Der Regierungsrat empfiehlt Ihnen deshalb, diese Motion abzulehnen. Danke.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit Stimmen 100 : 71 (bei 0 Enthaltungen), der Überweisung der Motion KR-Nr. 228/2018 zuzustimmen. Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ausarbeitung einer Vorlage mit Bericht und Antrag in- nert zwei Jahren.

Das Geschäft ist erledigt.